

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheint
wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 6,00 RM.
bei allen Postämtern 7,50 RM.

Druck und Verlag:
F. Hunsold's Stadtschuldruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsold.

Anzeigen-Preis:
für die einseitige Zeile oder deren Raum 1 RM.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 14.

Freitag, 17. Febr.

Sonnabend, den 18. Februar 1922.

Postcheckkonto
Breslau 186 64

44. Jahrg.

Rundschau.

Wirth bleibt Kanzler!
220 : 185.

Berlin, 16. Februar. In der gestrigen Reichstagsung, die um 2 1/2 Uhr begann, wurde die Besprechung der Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik fortgesetzt. Bei Inangriffnahme dieses Punktes der Tagesordnung waren alle Plätze des Saales gefüllt, am Regierungstische saßen der Reichskanzler und sämtliche Reichsminister. Zur Abstimmung stand der vom Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten unterzeichnete Antrag. Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung.

Mittrauensanträge lagen vor von den Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei, den Unabhängigen und den Kommunisten. In der Aussprache fragte zunächst der Führer der Deutschnationalen den Kanzler, ob er den Antrag der Koalitionsparteien als Vertrauensvotum ansehe. Wirth erklärte, der Antrag der Regierungsparteien spreche ganz klar die Billigung der Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik aus. Wer aber für das Vertrauensvotum stimme, müsse sich klar darüber sein, daß er damit das Urteil über die gesamte Politik der Regierung, in der die auswärtige Politik eine Hauptrolle spiele, ausspreche.

Der Vertrauensantrag der Regierungsparteien wurde dann in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 185 Stimmen angenommen bei 16 Stimmenthaltungen. 421 Stimmen waren abgegeben.

Für das Vertrauensvotum stimmten geschlossen: Zentrum (64), Demokraten (39) und Sozialdemokraten (107), dazu kommen: 4 Bayer. 4 Bayer. Bauernbund, 2 Bayer. Volkspartei. Gegen den Antrag stimmten: die Deutschnationalen (68), die deutsche Volkspartei (60), die Unabhängigen (32) und die Kommunisten (24). Dazu ein sog. „Wildes“. Die 16 Stimmenthaltungen fallen auf die bayerische Volkspartei.

Mit der Annahme des Vertrauensvotums sind die Mittrauensanträge erledigt. Wirth sieht auf eine Mehrheit geschützt. Nach einer Meldung des „Kölnischen Anzeigers“ soll übrigens der Kanzler vom Reichspräsidenten bevollmächtigt gewesen sein, für den Fall, daß er nur eine kleine Mehrheit erhielt, den Reichstag aufzulösen.

Die Entscheidung über die Reparationsfrage.

Paris, 15. Februar. Wie „Petit Parisien“ mitteilt, scheint in der Reparationsfrage eine Entscheidung getroffen worden zu sein. Die Reparationskommission soll, wie Frankreich es verlangte, damit beauftragt werden, den Betrag der deutschen Zahlungen für 1922 festzusetzen. Außerdem werden die alliierten Finanzminister gemäß dem britischen Vorschlag in London zusammenkommen, um sich über die Verteilung der deutschen Zahlungen zu einigen.

Was kann Deutschland zahlen?

London, 16. Februar. Die „Morningpost“ meldet aus Berlin: Reichskanzler Wirth habe auf dem Empfangsabend bei Dr. Rathenau als Höchstleistung Deutschlands in den Barzahlungen für 1922: 320 Millionen Goldmark genannt. Der Kanzler habe weiter unter Zustimmung des Herrn Rathenau erklärt, er würde in keinem Falle über diesen Satz hinausgehen, sondern eher zurücktreten. Nur eine internationale Anleihe an Deutschland könnte der Entzente die gewünschten 680 Millionen Goldmark in diesem Jahre bringen.

3 1/2 Milliarden Streikschaden.
Berlin, 16. Februar. Die „Münchener

„Augsburger Abendzeitung“ meldet aus Berlin: Im Reichsverkehrs-Ministerium ist die Aufstellung des Ausfalls der Einnahme der Reichseisenbahn während der Streiklage jetzt abgeschlossen. Nach dem dem Reichsrat abgegebenen Bericht des Verkehrs-Ministeriums beträgt der zahlenmäßige Schaden, der der Reichseisenbahn durch den Streik einschließlich der für verdorbene und verloren gegangene Güterleistungen zu leistenden Entschädigungen 3,6 Milliarden Mark.

Die Kosten der Mobilisierung gegen Deutschland.

Paris, 14. Februar. Der Finanzausschuß der Kammer, der z. B. das Nachtragsbudget für das Jahr 1921 in Höhe von 1 1/2 Milliarden Franken vorbereitet, hatte sich auch mit den Kosten der Mobilisierung der Jahresklasse 1919 zu befassen. Diese Mobilisierung erfolgte, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit sie das Ultimatum vom 10. Mai 1921 annehme. Die Kosten für diese Mobilisierung betragen 190 Millionen Franken. Die französische Regierung hatte die Absicht, diese Ausgabe in das Budget aufzunehmen, dessen Rückzahlung Deutschland zufällt. Einige Milliete erhoben aber dagegen Widerspruch und erklärten, Frankreich müsse die Kosten einer Maßregelung, die es allein beschloß, auch allein tragen. Infolgedessen übernahm die französische Regierung die Ausgaben auf das gewöhnliche Budget.

Eine Papstspende für Deutschland.

Rom, 16. Februar. Papst Pius XI. hat dem Kardinal Bertoni 200.000 Lire übergeben, die für Wohltätigkeitszwecke in Deutschland verteilt werden sollen.

Polen will in Genua auch ein Wort sagen.

Der Bienenkorb Deutschland.

Warschau, 16. Februar. Der polnische Außenminister Strumant hat dem Warschauer Korrespondenten des Pariser „Tamps“ in einer Unterredung gesagt, daß Polen in Genua auch ein Wort zu sagen haben werde. Polen wünsche sehr den wirtschaftlichen Aufbau, bei dem es durch seine zentrale Lage eine wichtige Rolle spielen werde. So gefährlich diese Lage in Kriegszeiten sei, im Frieden bedeute sie ein wichtiges Element der Vermittlung zwischen Osten und Westen. Strumant weist auf Polens unmittelbare Nachbarn hin, Rußland und Deutschland. Von Deutschland sagt Strumant: „Wir wären glücklich, wenn Deutschland, dieser von fleißigen und arbeitsamen Kräften erfüllte Bienenkorb, sich aufrichtig an dem internationalen Werk des Aufbaues beteiligen wollte. Dann erst würde die Wunde des Krieges sich schließen“. Auch Strumant hält es aber für notwendig, daß vor Genua die Alliierten sich über ihre Ziele einigen, damit jede Erweiterung über „erworbene Rechte und unterzeichnete Verträge“ vermieden werde.

Ein russisch-polnischer Krieg im Frühjahr?

London, 16. Februar. „Daily Express“ meldet aus Warschau, daß die Rote Armee seit dem 1. Februar 4 neue Divisionen aus Asien an die polnische Grenze gebracht habe, darunter viel Artillerie. Der Daily Express-Korrespondent glaubt an ein Wiederaufleben der russischen Angriffe im Frühjahr, und zwar im Anschluß an die Winarz Frage.

Die Auslieferung des Kaisers verhütet.

München, 15. Februar. Die „Bayerische Staatszeitung“ bringt folgende hochbedeutende Mitteilung:

„Zum Tode des Papstes Benedikt XV. verdient die Tatsache in Erinnerung gebracht zu werden, daß die schmachvolle Auslieferung des Kaisers durch die Kurie verhütet worden ist.“

Der Kardinalstaatssekretär Gasparri, einer der ersten Juristen der Welt, hat die Rechtswidrigkeit des Verlangens zuerst der italienischen Regierung dargelegt und davon überzeugt: Italien widerlegte sich darauf dem Auslieferungsbefehl und andere Mächte und Staaten haben sich dann angeschlossen.“

Erzbergers Mörder in Budapest.

Nach vertrauenswürdigen Meldungen sind die beiden Mörder Erzbergers, Schulz und Tillesen, in Budapest eingetroffen, wo sie sich insbesondere des Schutzes der „erwachenden Ungarn“ erfreuen. Die Identität beider Persönlichkeit scheint außer jedem Zweifel zu stehen. In Budapest ist ihre Anwesenheit ein offenes Geheimnis. Hierzu schreibt die „Post-Tg.“: Wenn die Anwesenheit der beiden Mörder Erzbergers wahr ist — und wir haben keinen Grund, an der Zuverlässigkeit der Nachricht zu zweifeln —, so haben vielleicht auch die Vertreter der deutschen Regierung in Budapest oder Wien bereits von ihr gehört, und man darf dann wohl hoffen, daß sie nicht gaudern werden, dieser Spur nachzugehen. Es wird auch von Interesse sein, festzustellen, wo und wann die beiden flüchtig verfolgten die deutsche Grenze überschritten, und ob sie sich nicht etwa noch längere Zeit nach der Erlassung des Haftbefehls innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches aufgehalten haben. Ihre Anwesenheit in Ungarn scheint ja ziemlich neuen Datums zu sein.

Oberschlesien.

Vom Deutschen Volksbunde in Polnisch-Schlesien.

Von Carl Frhr. von Reichenstein, Vorsitzender des Deutsch-Oberschlesischen Volksbundes für Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderheitsrechte.

Pilgramsdorf, den 13. Februar.

Die Entscheidung von Genf hat die Dinge in Oberschlesien von Grund auf gewandelt. Der alte Ruf: „Oberschlesien den Oberschleslern“ ist hin, zu nichte. Besonders die Oberschlesler, die an den polnischen Staat gefallen sind, werden sich bei ihrem an und für sich sehr starken Volkstum und bei der verhältnismäßig geringen Fläche der Polonisierung nicht entziehen können. Dieser für den Oberschlesler gewiß sehr harten Tatsache muß man mit klarem Blick ins Auge sehen. Das ist eben das Unrecht von Genf, daß man das Land mit seinem Volkstum, mit seiner Wirtschaft zerrissen hat.

Schon heute müssen wir mit voller Sicherheit sagen, daß für die Zukunft in Polnisch-Schlesien — die Wojewodschaft ändert hieran nichts — der Oberschlesler nach seiner völkischen Eigenart aus jeder Politik zu scheiden ist. Es handelt sich von nun an nur noch um Polen und Deutsche. Jede Einzelperson, jede Organisation und Partei wird sich schon heute die Frage vorlegen müssen, ob sie sich für die Zukunft dem deutschen oder dem polnischen Volkstum anzuschließen gedenkt. Um diese klare Entscheidung kommt niemand mehr herum. Das liegt in der Natur der Dinge, wie sie nun einmal geworden sind. Eine Zwitterstellung erscheint mir undenkbar, so gern ich auch bereit bin, für die Eigenart des Oberschleslers im polnischen Staate weiter einzutreten. Im Großen und Ganzen wird man annehmen können, daß diejenigen, die bei der Abstimmung für Deutschland gestimmt haben, sich dem polnischen Volkstum anschließen werden. In der rauhen Wirklichkeit gibt es in Polnisch-Schlesien nur noch die Lösung: Hier deutsch, hier polnisch.

Das Deutschtum im polnischen Staat, auch in der Wojewodschaft Schlesien ist naturgemäß die staatliche Minderheit. Jede völkische Minderheit hat berechtigten Anspruch auf Schutz. Das ist auch von den Siegerstaaten für das Deutschtum anerkannt und im Minoritäten-schutzvertrag vom 26. Juni 1919 festgelegt worden. Das Wirtschaftsabkommen für Oberschlesien wird diesen Minderheitenschutz noch besonders festlegen und sichern. Auch die Verfassung des polnischen Staates gibt hierfür Garantien. Aber nicht nur vom weltlichen, sondern auch vom religiösen Standpunkt aus hat jedes Volkstum Recht auf Schutz. Das Volkstum ist von Gott gegeben und Gottes Wille und Gebot schützt und ehrt jedes Volkstum. Kein Staat, keine Partei, die auf christlichem Boden zu stehen vorgibt, kann sich diesem Gebot entziehen. Die Zentrumspartei als Vertreterin der christlichen Weltanschauung hat diesen Standpunkt stets vertreten. Ihr mutiges Eintreten für die berechtigten Wünsche der Oberschlesier ist Beweis hierfür genug.

Mit dem Schutz allein aber ist es nicht getan. Das Volkstum muß sich auch fortpflanzen, im öffentlichen Leben betätigen, sich fortpflanzen können auf die kommenden Geschlechter. Ein Volkstum, das auf die Fortentwicklung verzichtet und noch dazu, wenn es in der Minderheit ist, gibt sich selbst auf. Stillstand wird hier bestimmt Rückschritt. Diese Fortentwicklung und Betätigung kann sich ein Volkstum aber nur selbst geben, kann nur aus ihm selbst hervorgehen. Daher ist der enge und innige Zusammenhalt unumgänglich notwendig und für jedes Volkstum eine hohe und heilige Pflicht, der sich niemand entziehen kann. Wer abseits steht, verläßt sich auf seinem Volke. In dieser Volksgemeinschaft darf es keinen politischen, religiösen, rassistischen Zwiespalt geben. Mann und Frau, alt und jung, hoch und niedrig hat mitzuarbeiten mit gleichen Rechten und Pflichten zum Schutz und zur Fortentwicklung eines seiner heiligsten Güter. Weherzogen wir die Lehren, die uns das Volkstum in der Vergangenheit gegeben hat. Das sind in großen Umrissen die leitenden Gedanken für die Gründung des deutschen Volksbundes in Polnisch-Schlesien.

Der Zusammenhalt der Deutschgesinnten bedeutet für den polnischen Staat nicht die geringste Gefahr. Er wird ihn in seiner Entwicklung nicht hemmen, eher nützen. Wir gehen selbstverständlich schweren Herzens in die neuen Verhältnisse, aber nicht ohne Vertrauen. Wir wissen, daß die Mehrheit des polnischen Volkes christlich-katholisch ist und daß die Gebote des Christentums sich im polnischen Volke durchsetzen werden. Wir sind bereit zu vergeffen, was die elende Plebeizität uns an Irrungen und Wirrungen, an Terror und Gewalt angebracht hat. Wir wollen nach wie vor mit unseren polnischen Mitbürgern in Frieden und Eintracht leben. Dieser Friede hat aber zur Voraussetzung die bedingungslose Anerkennung unseres deutschen Volkstums und unserer Rechte im öffentlichen Leben. Offen und ehrlich sagte ich dem Präsidenten Calonder:

„Wir werden dem neuen Staate geben, was wir ihm nach unserem Gewissen zu geben verpflichtet sind, aber unser Volkstum werden wir nie und nimmer aufgeben.“

In diesem freundlichen, offenen Auge erkannte ich Zustimmung und volles Einverständnis. Von einer Irredeute ist und kann keine Rede sein. Und wenn die Polen im deutschgelebten Oberschlesien für den Schutz ihres Volkstums dort so offen und ehrlich zu Worte gehen, wie mit Deutschen hier, dann wird es wahrlich gut sein. Wer mich kennt, der weiß, daß ich mich Dinge, die wider Recht und Gesetz sind, niemals mitmachen werde. In der polnischen Presse allerdings ließ man täglich in fetten Lettern von der deutschen Irredeute. Das ist Klage, jeder Schimmer von Beweiss fehlt. Aber in diesem Vorgehen liegt Methode. Man will den Oberschlesier gruseln machen vor den bösen, entsehligen Deutschen. Innerlich ist man sich wohlwollend nicht ganz klar, ob bei einer ruhigen Ueberlegung die Mehrzahl der polnischgewordenen Oberschlesier nicht etwa doch lieber im deutschen als im polnischen Kulturkreis leben will. Das muß verhilft werden. Daher fest auf die Deutschen kämpfen. Ruhig und vernünftig denkende Polen geben ohne weiteres zu, daß wir das Recht des Zusammenstufes haben und daß nichts dagegen einzumenden ist. Freilich wäre es ihnen allen lieber, wenn sich das Deutschtum freiwillig aufgab und im Polentum aufgehen wollte. Das aber kann und wird nicht geschehen.

Die Arbeit für unser Volkstum wird sich vornehmlich erstrecken auf die Erziehung unserer deutschen Kinder in deutschen Schulen. Soweit der polnische Staat auf Grund des Minder-

heitenschutzvertrages zur deutschen Schule nicht verpflichtet ist, wird der deutsche Volksbund für höheren, mittleren und niederen Schulunterricht sorgen müssen. Er wird sich die Pflege gelingender und werperlicher Kultur unserer deutschen Jugend anlegen lassen und nicht zuletzt der Pflege der Karikatur an deutschen Kindern, Waisen, Kranken und Siechen.

Unser Ziel im Volksbund sind klar und eindeutig. Niemand braucht sich abschrecken zu lassen. Offen und ehrlich kann und muß jeder Deutsche für sein Deutschtum eintreten. Offen und ehrlich kann und soll jeder Deutsche im polnischen Staat zum Wohle des Ganzen, namentlich seiner Heimat Oberschlesien mitarbeiten; ein jeder nach seinen besten Kräften. Das wird die beste Politik der Versöhnung sein, die wir alle wünschen. Jeder in seinem Volkstum, alle aber zum Wohle des Ganzen.

Die erste Sitzung in Genf.

Genf, 15. Februar. Die deutsch-polnische Konferenz nahm gestern Dienstag nachmittags um 4 1/2 Uhr ihren offiziellen Anfang. Präsident Calonder eröffnete die erste Vollversammlung mit einer Ansprache an die Bevollmächtigten der deutschen und der polnischen Regierung, denen er zunächst für den Empfang dankte, der ihm in Oberschlesien zuteil geworden war. Er sprach dann die feste Hoffnung aus, daß der Geist der Verständlichkeit, von dem die beiden Abordnungen bereits in den vorhergehenden Verhandlungen Beweise abgeliefert hätten, die Konferenz zu einem bestreiteten Ergebnis führen möge, wie es dem Interesse der beiden edlen Nationen, die hier vertreten seien, entspräche. Die Bevollmächtigten Deutschlands und Polens dankten dem Präsidenten für die bisherige Leitung der Konferenz und hoben ebenfalls den verständlichen Geist hervor, mit dem sie in die Schlichtungsverhandlungen eintreten.

Hierauf wurde auf Antrag des Präsidenten Calonder die Arbeitsmethode der Vollversammlung festgelegt, die bekanntlich den endgültigen Text des deutsch-polnischen Abkommens in Ausführung des Beschlusses vom 20. Oktober aufzustellen hat. Ein Referatskomitee wird den Text vorbereiten, dem zunächst die im wesentlichen vorliegenden Ergebnisse der ersten bis zuhundert Unterkommissionen zu Grunde liegen. Die Entwürfe sind dann der Vollversammlung zu unterbreiten, die dafür einige Tage aussetzen wird, bis die ersten Arbeiten des Komitees vorliegen.

Eine Rede Dr. Calonders.

Genf, 15. Februar. Die Rede des Präsidenten Calonder bei der gestrigen Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen, die unabwehr im Wortlaut vorliegt, ist vor allem von dem Gedanken beherrscht, daß möglichst eine direkte und völlige Einigung zwischen beiden Völkern zu erzielen sei unter Vermittlung der sonst notwendigen Entscheidung des Präsidenten. Eine solche vollständige Einigung hält Calonder auf Grund seiner Erfahrungen in Oberschlesien für möglich. Er will dabei ganz von den juristischen Fragen absehen und nicht den Auseinandersetzungen vorgreifen, die über den Sinn dieser oder jener Bestimmung in der Entscheidung der Vollversammlungstreffen stehen können. Er betrachtet das Problem unter dem Gesichtspunkt des praktischen Interesses beider Staaten, und da habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß zwischen den beiden Ländern keine Interessengegensätze bestehen, die so groß seien, um eine Einigung unmöglich zu machen. Im Gegenteil, wenn beide Regierungen durch das Abkommen das Wohlergehen der ober-schlesischen Bevölkerung auf der Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit sichern wollten, dann seien die gemeinsamen Interessen so groß und die einzelnen Gegensätze so bedeutungslos, daß sich eine vollständige Uebereinstimmung ergeben müßte. Die völlige Einigung, führte Calonder weiter aus, sei nicht nur im Interesse der ober-schlesischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der künftigen deutsch-polnischen Beziehungen wünschenswert; denn durch das Abkommen sei eine neue Ära eröffnet.

Er sagte weiter, es wäre ein gewaltiger moralischer Gewinn und eine große Ermüdung für alle Beteiligten, wenn das Abkommen zu einer ersten Knüpfung des Friedensgestirns, der Versöhnung und gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und Polen werden könnte.

Wie weiter gemeldet wird, schlossen sich die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten den Wünschen des Präsidenten Calonder an. Reichsminister a. D. Schiffer dankte dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern um Völkerverständnis und vom internationalen Arbeitsmarkt für ihre Tätigkeit in Oberschlesien. Er erklärte sich mit der moralischen Grundlage, auf der Calonder die Verhandlungen geführt hat, einverstanden, aber wichtige Fragen seien noch zu lösen. Die deutsche Regierung werde

jedenfalls alles tun, was in ihrer Kraft liege, um zu einer Einigung zu gelangen zum Wohle Ober-schlesien, aber es dürfe bei den Verhandlungen niemals vergessen werden, daß es sich neben Oberschlesien auch um die Beziehungen zwischen beiden Nationen handle. Der polnische Bevollmächtigte Dismowski wies seinerseits darauf hin, daß noch wichtige Fragen zu erledigen seien und erklärte, daß die Bereinigung der Geister in Oberschlesien die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Polen andauern werde.

Wahlkreis-Einteilung in Oberschlesien.

Warschau, 15. Februar. Die Bearbeitung der Wahlkreis-Einteilung wurde in den Unterkommissionen fertiggestellt. Vorgelesen sind für ganz Polen 60 Wahlkreise mit 400 Abgeordneten. Oberschlesien und Teschen werden in drei Wahlkreise mit 17 Abgeordneten geteilt und zwar:

Wahlkreis 38. Königshütte, Bräunchen Sand, Lublitz, Larnowitz, 5 Mandate.
Wahlkreis 39. Ratow's Stadt und Sand, Zabrze und Gleiwitz, soweit diese polnisch werden, 5 Mandate.

Wahlkreis 40. Teschen, Belitz Stadt und Sand, Bielez, Myslak und Ratbor, soweit es polnisch wird, 7 Mandate.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Warschau, 14. Februar. Die Warschauer Abendzeitung meldet aus Berlin: In der ober-schlesischen Autonomiefrage kam es in den letzten Tagen zu Erörterungen zwischen dem Reichsstaatsrat und der Reichsregierung. Die Ansicht für die Autonomie in Oberschlesien hat sich gebessert. Sowohl das Reich als auch Preußen hat der Autonomie zugestimmt. Der bisherige Widerstand im Reichsfinanzministerium ist seit einigen Tagen befristigt.

Genau und Oberschlesien.

Die polnische Presse will von bevorstehenden deutschen Beiträgen auf der Genau-Konferenz wissen, die in dem Stand der ober-schlesischen Frage eine Änderung herbeiführen sollen. In einem Appell an das verantwortliche Ministerialkomitee verlangt der „Gonik Krakow'ski“, das Organ der polnischen Volkspartei, daß alle Gewaltverhältnisse in Betracht gezogen und vorbereitet werden.

Sodann schließt sich jetzt, im Hinblick auf die Genau-Konferenz, die Presse der abziehenden Politik der Finanzkommission des Sejm gegenüber den Abmachungen der deutsch-polnischen Volkskommission an. Dort war als wesentliche Klausel aufgenommen, daß nicht die Reichsbank die für Oberschlesien benötigten 700 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellen, sondern daß diese Summe durch Vermittlung der großen deutschen Privatbanken geschafft werden soll. Man wird hier auf die angeblich katastrophalen Folgen des Vertrages für die polnischen Finanzen hingewiesen, auf die Schlichterstellung der polnischen Industrie, die der Staatskredit bei der deutschen Reichsbank beantragt, gezwungen sein würde, Anteile bei den deutschen Banken aufzunehmen, und auf die dadurch leuer werdende Produktion.

Polnische Schulen in Danzig. Deutsche Schulen in Oberschlesien.

Danzig, 13. Februar. Auf Grund des Gesetzes über den nationalen Minderheitenschutz hat Polen das Recht, in Danzig polnische Volksschulen zu eröffnen. Aus diesem Anlaß haben die polnischen Behörden die polnische Bevölkerung angelernt, ihre Kinder möglichst zahlreich zum polnischen Unterricht anzumelden, da von der Zahl der Meldungen die Möglichkeit der Eröffnung polnischer Schulen abhängt. Das Resultat war überraschend. Die polnische Bevölkerung hat, so meldet wenigstens die polnische Telegraphen-Agentur, so viel Kinder angemeldet, daß in den höchsten nationalitätlichen Kreisen große Beschränkung herrscht, der die „Danziger Allgemeine Zeitung“ Ausdruck gibt, die darüber jammert, daß sogar einige deutsche Familien ihre Kinder zum polnischen Unterricht anmelden. Die Zeitung beschwört diese Eltern, über ihre Handeln nachzudenken und die Anmeldungen noch jetzt rückgängig zu machen.

Auf Grund des Gesetzes über den nationalen Minderheitenschutz haben natürlich die Deutschen in Polnisch-Schlesien das gleiche Recht, das den Polen in Danzig zusteht, nämlich die Eröffnung deutscher Schulen, deren Unterricht die polnische Regierung bestreiten muß, wenn sich genügend Kinder zur Aufnahme melden. Hoffentlich werden auch im kleinsten Dorfe Polnisch-Schlesien die deutschen Familien für ein Vorbild nehmen an der Möglichkeit der polnischen Familien in Danzig und alle ihre Kinder für den deutschen Unterricht anmelden. Bei 40 Anmeldungen muß eine deutsche Schulkasse errichtet werden. Kein derartiger Pole wird einem

Deutsch einen Vorwurf daraus machen, wenn er für seine Kinder deutschen Unterricht verlangt, denn das gleiche tun ja die Polen in deutschen Städten, wo sie in Minderheit sind, wie Danzig zeigt.

Der Abzug der Besatzung.

Es wird dem „Ob. Kurier“ geschrieben: Nachdem bereits vor einiger Zeit verschiedentlich Besetzungsbewegungen verbreitet worden waren, die von einer bevorstehenden Räumung Oberschlesiens durch interalliierte Truppen zu berichten wählten, sind wir heute in der Lage, einen von der J. R. in Oppeln ausgearbeiteten Räumungsplan zu veröffentlichen, nach welchem die Franzosen Oberschlesien Mitte Mai räumen sollen. Der Entwurf ist allerdings mit dem Zusatz versehen: „Wenn die Verhältnisse in Oberschlesien dies gestatten.“ Die Räumung selbst soll folgendermaßen vor sich gehen: Als erste Zone wird Oppeln freigegeben. Die Franzosen ziehen sich auf die Linie Groß-Strehlitz zurück. Die Reichswehr hat dann innerhalb von 24 Stunden die Linie Oppeln zu besetzen. Als zweite Zone wird Groß-Strehlitz geräumt. Die Franzosen ziehen sich auf die Linie Gleiwitz-Hindenburg zurück. Nach weiteren 24 Stunden hat die Reichswehr die Linie Gr.-Strehlitz zu besetzen. Als dritte Zone werden Gleiwitz-Hindenburg nach dem gleichen Verfahren geräumt. Als Zwischenraum zwischen den einzelnen Zonen sollen je drei Tage eingelegt werden, je nachdem der Abtransport dies erfordert.

Der Rücktransport der französischen Truppen soll entweder durch Polen oder durch die Tschechien erfolgen. Der polnische Teil von Oberschlesien wird wahrscheinlich noch länger durch französische Truppen besetzt bleiben, da man bei der Uebernahme des polnischen Teils von Oberschlesien durch Roterpolen mit Unruhen rechnet. Die englischen und italienischen Truppen sollen Oberschlesien bereits Ende April verlassen.

4800 Engländer in Oberschlesien.

London, 14. Februar. Im Unterhaus wurde nach der Wahl der britischen Truppen gefragt, die ausgeführt in Oberschlesien stehen. Der englische Kriegsminister gab 4800 Mann an. Alle diese Truppen werden zurückgezogen, sobald ihre Aufgabe beendet ist.

Deutsche Vorbereitungen zur Uebernahme Oberschlesiens.

Berlin, 16. Februar. In der heutigen Sitzung des Reichsrats wurde ein Bericht über die Ueberleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien angenommen. Der Entwurf ermächtigt die Regierung, im Verordnungswege diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Ueberleitung des Rechtszustandes erforderlich sind, sobald die Verwaltung von den deutschen Behörden wieder übernommen ist.

Berlin, 16. Februar. Das Oberschlesische Hilfswerk, das vielen Tausenden von Oberschlesien Hilse angedeihen ließ, wurde auf Grund einer Verfügung des Staatskommissars für Wohlfahrtsangelegenheiten in Breslau aufgelöst. Der Leiter des Oberschlesischen Hilfswerks, Dr. Kollhorn, legte sein Amt nieder. Aus diesem Anlaß richtete der Reichskanzler an das Oberschlesische Hilfswerk ein Dankschreiben.

37. Sachverständigen für die Oberschlesien-Verhandlungen.

Basel, 16. Februar. Die „Basler Nachrichten“ melden: Der japanische Botschafter Ichi ist auf Einladung Calonde's von Paris nach Genf gereist, um für die Beratungen über Oberschlesien als Vorsitzender des Botschafterkongresses, der die Entscheidung über Oberschlesien gefällt hat, gütlich zur Verfügung der deutsch-polnischen Konferenz zu stehen.

Der Fall Gleiwitz-Petersdorf.

Die ausführliche deutsche Note über den Zwischenfall in Gleiwitz-Petersdorf ist nach Paris abgegangen. Sie befreit eine auch nur passive Minderheit der deutschen Behörden. Nach noch unbestimmten Pariser Meldungen verlangt Frankreich für die durch den Gleiwitz-Zwischenfall getöteten Franzosen eine Buße von je einer Million Mark.

Totales u. Provinzielles.

Sobran D.C., den 17. Februar 1922.

§ (Die Stadtverordnetenversammlung.) Die für gestern abend angesetzt war, wurde kurz vorher abgesetzt, da der Stadtverordnetenvorsteher erkrankte und auch sein Stellvertreter am Erscheinen verhindert war. Die Sitzung findet nunmehr am nächsten Donnerstag, den 23. d. M., abends 7 Uhr statt.

§ (Wohnungsbeschlagnahmekommission.) Das Amt des Wohnungsbeschlagnahmekommissionärs ist hier selbst ein sehr vornehmer, da der betr. Kommissar, der es selbstverständlich nicht allen recht machen kann, außerdem Anfechtungen und Appellationen angeht. Nunmehr hat diesen Posten, welcher schon öfter den Inhaber gewechselt hat, anstelle des Stadt- und Polizeisekretärs Herrs Dunate Herr Bürgermeister Lang übernommen. Hoffentlich sind die Wohnungs-Kontrollen in Zukunft einträglich genug, dem Beschlagnahmekommissar das ohnehin wenig einträgliche Amt nicht noch zu erschweren. Bei einigermaßen gutem Willen und Entgegenkommen läßt sich auch der schwierigste Fall beseitigen.

§ (Bestandens Meisterprüfung.) Die Bilder Max Barton und Johann Zengroß von hier haben die Meisterprüfung im Väterhandwerk mit dem Prädikat „Gut“ vor der Prüfungs-Kommission in Hynau bestanden.

§ (Aus dem Lichtspielhaus.) Da der am Mittwoch den 15. d. M. angeführte, äußerst belehrende Film „Erwahn“, ein soziales Drama, allgemein gefallen hat, soll er event. nochmals angeführt werden, wenn dahingehende Wünsche in größerer Zahl laut werden.

§ (Das Ende der Kälte.) Einen vollen Monat hat die Frostperiode gedauert, die, wie es scheint, nunmehr ihr Ende erreicht hat, um von Tauwetter abgelöst zu werden. Sie geriet in zwei, von etwas milderer Witterung unterbrochene Perioden strenger Kälte, deren erste in die zweite Januarschülte fiel, während die zweite bald nach dem Februarbeginn einsetzte. Die durchschnittliche mildere Periode kam übrigens nur im Westen und Süden des Landes voll zur Geltung; im Norden und Osten Deutschlands war der Frost ungleichmäßig zwar auch gelinder, der Gefrierpunkt wurde aber dort nirgends erreicht, geschweige denn überschritten. Selbst im mittleren Norddeutschland ist zwischen dem 17. Januar und dem 13. Februar der Nullpunkt nur einmal, an der Wende des Monats, um eine Kleinigkeit überschritten worden. Eine so lange Periode strenger Kälte ist in Mitteleuropa seit dem Winter 1916/17 nicht mehr vorgekommen, wenn auch gerade während der letzten Jahre mehrfach längere Frostperioden beobachtet worden sind. Diese sind aber stets in den Spätherbst oder Winter, und die Intensität der Kälte war infolgedessen meist nur gering, wie auch zum Ausdruck immer wieder einzelne Tage mit positiven Temperaturwerten beigetragen worden waren. Diesmal hat es sich jedoch um einen Einbruch strenger Winterkälte: nach Mitteleuropa gehandelt, von dem auch die klimatisch begünstigteren westlichen Gebiete nicht ausgenommen waren, wie sich auch die Frostgrenze zeitweilig südwärts bis nach Mittelitalien ausgedehnt hat. Die niedrigste während dieser Zeit beobachtete Temperatur war 41 Grad unter Null, und zwar am 4. Februar zu Straßburg in Nordschwaben. In Mitteleuropa betrug das absolute Temperaturminimum am gleichen Tage — 32 Grad Celsius, also Wert, der zu Ger registriert worden ist. Genu auf den Tag fünf Jahre zuvor, am 5. Februar 1917, waren in Potsdam 33 Grad Kälte registriert worden. Der ist sich anbahnende Umschwung der Wetterlage erfolgt durch die Annäherung einer weniger tiefen als weit nach Süden ausgedehnten atlantischen Depression, die mit südlichen bis südwestlichen Winden von seit langer Zeit wieder mehr opantische Luft über den Kontinent führt. Auch während der milderen Zwischenperiode zu Beginn des Monats war warme Seeluft auf das Festland gelangt, aber über West- und Süd-Deutschland nicht hinausgekommen, da das fröhliche kontinentale Maximum von zeitweilig 785 Millimeter Höhe dem weiteren Vordringen der milderen Strömung Widerstand entgegensetzt. Die am Montag im Rheingebiet beobachtete Erwärmung wird sich alsbald ebenfalls über ganz Mitteleuropa ausbreiten.

§ (Ein nationaler Trauertag in Oberschlesien.) Die Deutsche Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Tag der Uebergabe Oberschlesiens an Polen künftig zum nationalen Trauertage zu machen, dadurch, daß sie im Einverständnis mit den Ländern anordnet, die Flaggen auf öffentlichen Gebäuden an diesem Tage halbfied zu ziehen und in Schulen und Kirchen des Landes würdig zu gedenken.“

§ (Eine fürstliche Spende.) Wie der „Oberschl. Kurier“ erzählt, hat die Fürstlich Pleßische Verwaltung bezug der Fürst von Pleß der Stadt Kattowitz eine Spende von 1 Million Mark zugewiesen und zwar für die Bekleidungen der Stadtverwaltung, die Wohnungsnot in Kattowitz zu lindern. Dieser Betrag fließt demzufolge dem Baufonds zu.

§ (In Oberschlesien an den Papst.) Die katholische Volkspartei des abgelaufenen Oberschlesiens hat am Sonntag folgenden Pul-

ditionsgedruck an den ungekrönten Papst geschrieben: „Er. Heiligkeit Papst Pius XI. Rom (Vatikan). Die „Katholische Volkspartei“ für Polens-Oberschlesien bringt Euch Heiligste zum Neujahrsgruß und zugleich die herzlichsten Glückwünsche dar. Eure Heiligkeit haben auf unserem Heimatboden gewirkt und darum unser katholischer Leben mit eigenen Augen sehen können. In unerfütterlicher Treue am Stuhle Petri festhalten vertrauen wir auf Euer Heiligste Vaterfürsorge und erbitten für unsere Mitglieder und deren Familien den päpstlichen Segen. Der Vorstand der „Katholischen Volkspartei“. Szczepanik.“

§ (Kunsten-Pacelli zum Kardinal ausgerufen.) Zu Rom, die dem Vatikan nachrichten, verläutet, daß Pius XI. in seinem ersten Konsistorium den Kardinale von Paris, Berlin und Madrid die Kardinalwürde verliehen werde. Ubrigens gehen Gerüchte, daß einer der drei Kardinale zum Kardinal des Kardinalstaatssekretärs Salpari ausgerufen sei, den der neue Papst nur für eine kurze Ubergangszeit in seinem Amte bestätigt habe.

§ (Entscheidung über erhöhte Chornarbeitslöhne.) Vor dem Amtsgericht Rastatt wurde ein Verhandlungstermin gegen einen Hausbesitzer statt, der sich geweigert hatte, dass im Dezember 1921 erhöhte Arbeitslöhne zu zahlen. Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung des erhöhten Arbeitslohns und zur Tragung der gleichmäßig beträchtlichen Kosten des Prozesses.

§ (Die Hungerkatastrophe in Russland.) Aus Moskau wird berichtet: In Verhinderung, im Gouvernements Saratow, ist die Hungerkatastrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohdächer, Heu, Roggen und Weizen sind längst aufgebraucht. Es wehen sich Hunger und Not. Man sieht Kinder und schlachtet sie. Nichts werden die Leiden der Verstorbenen angegangen, um als Nahrung zu dienen.

§ (108 Jahre alt.) Am 12. d. Mts. ist in Benschberg der älteste Mann des Reiches Apoll, der Wandwirt Ghodel, im Alter von 108 Jahren gestorben.

§ (Im Streit erstickt.) wurde ein Arbeiter aus Posen. Im Verlauf eines Streits unter mehreren jungen Leuten zog der Arbeiter Bruno Kiebel sein Taschenmesser und schlug auf seinen Arbeitskollegen Jelowick ein. Der Verletzte verstarb kurze Zeit darauf. Kiebel wurde in Haft genommen.

§ (77 Hochzeitsgäste ertranken.) Die auf Seegeht in der Nacht, brachen dort am Sonntag früh vier Wagen eines Hochzeitszugs, die über die angestromte Thib fahren wollten, in der Mitte des Stromes ein und versanken. 27 Männer und Frauen fanden den Tod. Eine andere Meldung besagt: Eine russische Katastrophe hat sich auf der Thib ereignet. Die Teilnehmer einer Hochzeit wollten auf vier Wagen über die Thib fahren. Trotz der Warnungen fuhren alle vier Wagen gleichzeitig auf die Fähr. Raum war man einige Meter vom Ufer entfernt, als die Fähr infolge eines Stoßes an eine große Eisinsel zu sinken begann. Die Pferde sprangen mit allen vier Wagen in den Flak. 25 Personen, darunter das Brautpaar und die Brautleute sind in der Thib ertrunken, alle im Hochzeitsgewande. Es gelang, ein einziges junges Mädchen zu retten.

§ (Zur Fleischverarbeitung in Boguscha.) Die amtliche Untersuchung des veralteten Fleisches sowie die Obduktion der beiden Opfer hat ergeben, daß das Fleisch mit Bakterien und Kollen behaftet und mit Bakterien durchsetzt war. Die gleichen Bakterien wurden auch in den Därmen der beiden Leichen vorgefunden.

§ (9 Kinder durch eine Explosion getötet.) Zwischen der Stadt Friedland in Ostpreußen und der Baustelle der ostpreussischen Kraftwerke A.G. fanden Kinder einen Sprengkörper, an dem sie sich zu schalten machten, so daß eine Explosion erfolgte. Neun Kinder wurden durch die umherfliegenden Sprengstücke getötet. Zwei noch lebende wurden ins Krankenhaus gebracht, wo sie inzwischen ebenfalls ihren Verletzungen erliegen sind.

§ (16. Februar.) In Alter von 57 Jahren ist Dienstag mittig der Baumficker Weigelt, während er beim Mittagssaß saß, einem Herzschlage erlegen. Der so reich und unverwundt Dohingstübende war ein Kyniker; seine berufliche Tätigkeit sowie die vieljährige Ausübung des Amtes als Stadtbürgermeister haben dem verstorbenen Mitbürger Weigelt ein ehrenvolles Gedenken gesichert.

§ (17. Februar.) Oberbürgermeister Georg Metzke begeht am 18. Februar sein 25-jähriges Dienstjubiläum.

§ (Königschütze, 18. Februar.) In das Kolonialwarengeschäft des Kaufmanns Bernhardt auf der oberen Kattowitzer Straße drangen am

Dienstagabend kurz vor Geschäftsschluss mehrere Banditen ein. Die Anwesenden wurden durch Vorhalten von Schusswaffen gezwungen, sich ruhig zu verhalten, und die Banditen nahmen die Kasse an sich. Mit ihrer Beute sind sie ungeschädelt entkommen. Sie versetzten sich in Richtung Klimawitz. Sofort nach dem Raubüberfall wurde vom Nachbarhaus aus die Polizei telephonisch verständigt und kurze Zeit darauf sah man ein mit Polizei besetztes Auto die Kattowitzer Straße hinauffahren. Den Räubern fiel eine größere Summe in die Hände.

Tarnowitz, 17. Februar. Die gütige Stadtordeanerkennung beschätzte sich mit einer Vorlage, die infolge der Abreise der Stadt Tarnowitz an Polen notwendig geworden war. Es handelt sich um die Fortschaffung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal und der im Rathaus und im Volkshaus untergebrachten patriotischen Bilder. Dazu auch der Stadtordeante Węgierski (Pole) anfährt, das Denkmal und die Bilder können ruhig in Tarnowitz verbleiben, weil dieses leblosen Wesen niemand irgend etwas zu Tode tun werde, so sprach sich die Mehrheit dennoch für eine Fortschaffung aus. Es wurde beschlossen, das Denkmal und das große Kaiserbild aus dem Volkshaus im einen deutschen Stadt zu schaffen und die anderen Bilder dem Oberschlesischen Museum in Gleiwitz zu überlassen.

Kattow, 16. Februar. (Montagüberfall mit tödlichem Ausgang.) Der Bergmann Kascha aus Buzja nahm mit seiner Ehefrau an der Hochzeit seines Bruders in Markowitz teil. Auf dem Heimweg von Markowitz nach Buzja wurden die beiden gegen 9 Uhr abends in der Nähe ihrer Wohnung von drei Banditen überfallen und völlig ausgeraubt. Als die Verbrecher dem Ehepaar auch noch die Kleider ausstehlen wollten, ergriffen die beiden die Flucht. Darauf schoss die Banditen hinter ihnen her. Die Frau des Kascha wurde durch Schusswunden schwer verwundet und musste sogleich ins Krankenhaus gebracht werden, wo sie kurze Zeit nach der Entlassung ihrer Verwundung erlag. Die Verbrecher konnten unerkannt entkommen.

Stadtsamts-Nachrichten von Sohrau.
Sterbefälle.

Am 11. Februar die unterschiedliche Gertrud Dzwior, ohne Beruf, 20 Jahre alt; am 14. der Pfleger, Zimmermann Karl Bohl, 38 Jahre alt; die verw. Schuhmachermeister Viktoria Wessoly, geb. Rob, 59 Jahre alt; am 15. Frau Formermeister Marie Siofora, geb. Kubitz, 72 1/2 Jahre alt; am 15. eine Totgeburt weiblichen Geschlechts.

Evang. Gemeinde Sohrau.
Sonntag, den 19. Februar cr., vorm. 10 Uhr:
Deutscher Gottesdienst.

Bekanntmachung.
Infolge Auflösung des städtischen Lebensmittellagers haben wir eine **Bräckenwagen mit Gewicht** abzugeben. Derselbe wird am Dienstag den 21. d. M., vormittags 10 Uhr im Rathaus gegen Barzahlung meistbietend versteigert.

Sohrau OS., den 14. Februar 1922.
Der Magistrat. Laub.

Bekanntmachung.
Diejenigen Mitglieder der Schlesischen Provinzial-Feuerzögler, welche trotz unserer wiederholten Aufforderung die **Feuerversicherungsbeträge** noch nicht entrichtet haben, werden ersucht, nunmehr bestimmt bis zum 1. März cr. Zahlung zu leisten.

Rückständige Gebäude-Ver sicherungs-Beträge werden wir demnächst zwangsweise einzulösen lassen.

Sohrau OS., den 13. Februar 1922.
Die Polizei-Verwaltung.
Laub

Kunstharnetze
gleichmäßige große tiefe Form,
wenig Knoten und fest.

KLOASMAN
entfernt total sicher
Leberflecke und Warzen
radikal und schmerzlos.

Max Reichenberger,
Friseur u. Dentist.

Möbl. Zimmer
per sofort gesucht. Zuschriften unter
A. M. an die Geschäftsstelle d. Bl.



Mittwoch Abend 1/2 12 Uhr erlitt ein sanfter Tod nach langem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere herzengute, treu-sorgende Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter,

Frau Formermeister
Marie Schlossorsch
geb. Kubitz

im Alter von 79 1/2 Jahren.
Mit der Bitte, der teuren Verbliebenen im Gebete gedanken zu wollen, zeigen dies tiefbetrubt an

Sohrau OS., den 16. Februar 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag, den 19. Februar cr. nachmittags 8 Uhr.



Dienstag abend 9 1/2 Uhr verschied nach kurzem, schweren Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, unsere liebe gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Viktoria Wessoly
geb. Moss

im Alter von 59 Jahren.
Um stille Teilnahme bittend, zeigen dies tiefbetrubt an

Sohrau OS., den 16. Februar 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonnabend, den 18. Februar, vormittags 1/2 10 Uhr.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme beim Heim-gange und der Beerdigung unserer lieben Nichte

Gertrud Dzwior

danken wir allen lieben Wohltätern, sowie allen Lieben, die ihr das letzte Geleit gaben. Ein herrliches „Gott vergelt“ Herr Kaplan Smieja für die Worte am Grabe.

Sohrau OS., den 17. Februar 1922.
Die Hinterbliebenen:
Appollonia Schweda, als Tante.

Frische Sendung gebrauchte

Militärschuhe

(größerer Posten) wieder eingetroffen und im **Gasthaus Broll, Sohrau OS.** preiswert abzugeben.

Franz Pawlas, Schwirklan.

Zur gründlichen Erlernung der

Buchdruckerkunst

findet in meiner Buchdruckerei ein Lehrling, Sohn anständiger Eltern, bald oder am 1. April Aufnahme.

P. Hunold.

Roggen-, Weizen-, Gerstenstroh

gibt ab **Dominium Jarzombkowitz.**

Sohrauer Lichtspiele
Mazurek's Saal

Sonntag, den 19. Februar 1922:

Wieder 2 Schlager!

Grosses Programm!
2 Dramen:

Der Brand des Zirkus Diamedes!

Ein Drama, das in ganz Deutschland begeisterten Erfolg gehabt hat.

II. Das Kriminalchauspiel:

Kismet

Vorführungen um 3 und 7 Uhr.

Broll's Restaurant.
Sonnabend, den 18. Februar:
Eisbeinessen
wozu ergebenst einladet
Johann Sczapanek.

Warnung!

Hiermit warne ich Jedermann, von meinem Ehe-manne Baumaterialien von meinem Ban-pflege Rilschewitsch abzukaufen, da dieselben (außer Kalk) mit allein gehören.

Frau Anna Janduda.

Bebautes Grundstück

von Geschäftsmann in günstiger Lage von **Sohrau OS.**

zu kaufen gesucht.

Angebote an Tierarzt Dr. Glombik, Sohrau OS., „Zweig's Hotel.“

1 Lehrling

kann sich melden bei

Georg Klemens, Schneidermeister
Sohrau OS., Ring.

Ein neuer

Arbeitschlitten

ist zu verkaufen.

W. Hadraschek,
Sohrau.